



Regierung von Oberbayern • 80534 München

**Zustellung mit Postzustellungsurkunde**

Gudness GmbH  
Vertr. d. d. Geschäftsführer  
Robert-Bosch-Str. 12  
85221 Dachau

Bearbeitet von  
Herm Arnold

Telefon / Fax  
089/ 2176-3381 / -3102

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Geschäftszeichen  
M G21/BS 17331/2024-M ad

München  
13.08.2024

**Betreff:**

Zulassung nach Anhang I Nr. 2 Ziffer 2.4.2 Abs.4 Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) für Betriebe zur Durchführung von Abbruch- und Sanierungsarbeiten bei Gegenwart von Asbest in schwach gebundener Form

**Anlage:**

1 Kostenrechnung

Die Regierung von Oberbayern -Gewerbeaufsichtsamt- erlässt aufgrund Ihres Antrages vom 12.08.2024 folgenden

**B e s c h e i d**

1. Das Unternehmen Gudness GmbH, Robert-Bosch-Str. 12, wird hiermit zugelassen, nach Anhang I Nr. 2 Ziffer 2.4.2 Abs.4 GefStoffV, Abbruch- und Sanierungsarbeiten, bei Gegenwart von Asbest in schwach gebundener Form durchzuführen.

**1.1 Bestandteile des Bescheides:**

Die Antragsunterlagen, insbesondere die Angaben zur personellen und sicherheitstechnischen Ausstattung ihres Unternehmens, bezüglich der Anmietung von technischen Geräten, sind Bestandteil dieses Bescheides.

Briefanschrift:  
Regierung von Oberbayern  
80534 München

Dienstgebäude:  
Heßstraße 130  
80797 München  
Straßenbahnlinien 20/21/22  
Haltestelle Hochschule  
München

☎ Vermittlung:  
(089) 2176-1

☎ Telefax:  
(089) 2176-3102

E-Mail:  
poststelle@reg-ob.bayern.de

Internet:  
www.regierung.oberbayern.bayern.de



## **1.2 Auflagen:**

1.2.1 Jede Änderung gegenüber der im Antrag vom 12.008.2024 als Zulassungsgrundlage mitgeteilten

- Organisationsstruktur des Unternehmens (z.B. Änderung der Rechtsform, veränderte Zuordnung der von diesem Bescheid erfassten Unternehmensteile, Änderung der Vertretungsbefugnis),
- personellen Ausstattung - insbesondere der Wechsel von sachkundigen Personen -

ist der Zulassungsbehörde mindestens 14 Tage vor ihrem Wirksamwerden anzuzeigen.

1.2.2 Die im Betrieb nicht vorhandene sicherheitstechnische Ausstattung muss entsprechend den Antragsunterlagen bei Bedarf ausgeliehen werden.

In der Mitteilung nach Anhang I Nr. 2 Ziffer 2.4.2 GefStoffV ist, bezogen auf den jeweiligen Einzelfall, darzulegen, welche personelle und sicherheitstechnische Ausstattung bei den konkret anstehenden Arbeiten eingesetzt werden sollen.

1.2.3 Bei der Durchführung der von der Zulassung erfassten Arbeiten sind die einschlägigen Vorschriften zum Arbeitnehmer- und Umweltschutz sowie zum Schutz Dritter einzuhalten.

1.2.4 Mit den genannten Arbeiten dürfen nur Arbeitnehmer beschäftigt werden, die den vorgeschriebenen arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen unterzogen und anhand einer Betriebsanweisung über die auftretenden Gefahren und Schutzmaßnahmen unterwiesen worden sind.

1.2.5 Mit den Arbeiten auf der Baustelle darf nicht begonnen werden, bevor dort die notwendige und geeignete personelle und sicherheitstechnische Ausstattung in vollem Umfang vorhanden ist. Die in Ihrem Unternehmen nicht vorhandene sicherheitstechnische Ausstattung muss ausgeliehen werden.

1.2.6 Vergibt das Unternehmen Abbruch- und Sanierungsarbeiten, bei Gegenwart von Asbest in schwach gebundener Form, an andere Betriebe, so darf es hiermit ebenfalls nur zugelassene Betriebe beauftragen.

1.2.7 Durch die Beschäftigung von verantwortlichen Personen auf der Baustelle mit hinreichenden Deutschkenntnissen oder eines Dolmetschers ist sicherzustellen, dass eventuelle erforderliche Anordnungen der zuständigen Überwachungsbehörde verstanden und umgesetzt werden können.

## **1.3 Auflösende Bedingung:**

Die Zulassung erlischt, wenn die für eine Zulassung erforderliche personelle und/oder sicherheitstechnische Ausstattung des Unternehmens nicht mehr gegeben ist.

## **1.4 Widerrufsvorbehalt**

Im Falle eines wiederholten und/oder gravierenden Verstoßes gegen die Auflagen dieser Zulassung bleibt der Widerruf vorbehalten.

### **1.5 Hinweis**

Die Zulassung enthebt das Unternehmen nicht von seinen Verpflichtungen nach Anhang I Nr. 2 Ziffer 2.4.2 Abs. 2 GefStoffV, die Verwendung von Asbest mitzuteilen und nach Anhang I Nr.2 Ziffer 2.4.4 GefStoffV vor Beginn der Arbeiten einen Arbeitsplan aufzustellen.

### **2. Kosten:**

Dieser Bescheid ist kostenpflichtig. Der Antragsteller hat die Kosten des Verfahrens (Gebühren und Auslagen) zu tragen. Die Gebühr für diesen Bescheid wird auf 123,00 € festgesetzt. An Auslagen sind 2,76 € entstanden.

**Die Gesamtkosten betragen somit 125,76 €.**

### **3. Gründe:**

- 3.1 Die Firma Gudness GmbH, Robert-Bosch-Str. 12 hat mit Schreiben vom 12.08.2024 die Zulassung nach Anhang I Nr. 2 Ziffer 2.4.2 Abs. 4 GefStoffV für die Durchführung von Abbruch- und Sanierungsarbeiten bei Gegenwart von Asbest in schwach gebundener Form beantragt.

Die Zulassung konnte erteilt werden, nachdem das Unternehmen die erforderliche personelle und sicherheitstechnische Ausstattung nachgewiesen, bzw. erklärt hat, dass sie die fehlenden Geräte und Anlagen ausleihen wird.

- 3.3 In Nr. 1.3 enthält der Bescheid eine auflösende Bestimmung, die sicherstellen soll, dass bei den Arbeiten mit schwach gebundenem Asbest jederzeit die personelle und/oder sicherheitstechnische Ausstattung im Unternehmen vorhanden ist.
- 3.4 Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 1, 2 und 6 Kostengesetz in Verbindung mit dem Kostenverzeichnis.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München,  
Postfachanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München,  
Hausanschrift: Bayerstr.30, 80335 München  
**schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) zu entnehmenden Bedingungen** erhoben werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).

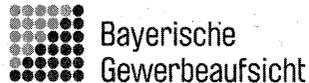
Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich eine Verfahrensgebühr fällig.

Mit freundlichen Grüßen



Arnold  
Techn. Amtmann



- Nutzen Sie unsere Leistungen auf dem Bayernportal: <https://www.bayernportal.de/> -